Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen
Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der kommun. Genossenschafter

Bezugspreis: im Hause monatlich 2,30 Reichsmark, durch die Post bezogen monatlich 2,30 Reichsmark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. / Geschäftsstelle und Redaktion: Güterbahnhofstraße 3 / Fernsprecher: 17350 / Postscheckkonto: Dresden Nr. 18691 / Sprechstunden: Montags von 16 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde. Mittwochs von 17 bis 18 Uhr für betriebs- und arbeitsrechtliche Fragen. Freitags von 15 bis 16 Uhr juristische Sprechstunde.

Anzeigenpreis: die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,35 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. Für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite 1,50 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 3 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises.

5. Jahrgang — Dresden, Donnerstag den 28. November 1929 — Nummer 276

Ein unerhörter Reichstagsbeschluß

Trotz 14proz. Erhöhung der Erwerbslosenzahl in 2 Wochen

Winterbeihilfe für Bedürftige abgelehnt!

Berlin, den 27. November 1929.

Am Mittwoch wurde die Wintertagung des Reichstages eröffnet. Die Herbsttagung des Reichstages schloß bekanntlich mit einer Erhöhung der Zölle auf wichtige Lebensmittel und mit dem Raubgesetz gegen die Erwerbslosen. Die erste Sitzung des wieder zusammengetretenen Reichstages brachte als wichtigste Entscheidung die Einheitsfront von Hugenberg bis Breitscheid gegen die Opfer der Hungerpolitik der Reichsregierung. Diese, bei allen wichtigen Abstimmungen ungetreuliche Einheitsfront stimmte geschlossen gegen den kommunistischen Antrag auf Winterbeihilfe für die Erwerbslosen, Sozial- und Kleinrentner und Wohlfahrtsunterstützungsempfänger. Weder ein Sozialdemokrat noch ein Vertreter der bürgerlichen Parteien hielt es für notwendig, auch nur ein einziges Wort zum Elend der Millionen Sozialbedürftigen zu sagen. Auch die Hitlerianer, die in Massenversammlungen die Meister in Versprechungen sind, schwiegen sich aus, wahrscheinlich, um das Mißfallen des Herrn Hugenberg nicht zu erregen. So dauerte die ganze Debatte über das Elend der Opfer der kapitalistischen Ausbeutung kaum eine Stunde. Nach den wuchtigen Ausführungen des Genossen Gräf leierte in wenigen Minuten der sozialdemokratische Arbeitsminister Wissell seine bekannte Litanei herunter, daß er doch so gerne helfen möchte und leider kein Geld in der Kasse habe. Richtigerstrebe Zurufe der Kommunisten „bestrafte" Präsident Löbe mit einer Anzahl Ordnungsrufe. So folgte die Abstimmung. Resultat: Abgelehnt! **Die Hungernden sollen nicht einmal im kommenden schweren Winter ein paar Pfennige aus der Reichskasse erhalten. Kein Wunder, denn die Regierung braucht das Geld für Millionensubventionen an die Schwerindustrie, für Generals- und Ministerpensionen, für Militär und Polizei. Und Hilferding ist ja auch gerade im Begriff, ein Finanzprogramm auszuarbeiten, das den Besitzenden über eine Milliarde Steuerermäßigung bringt.**

Es ist richtig, was Genosse Rädel in seiner Antwort auf den Reichsarbeitsminister Wissell sagte: „Die Arbeiter, die Erwerbslosen, alle Opfer der kapitalistischen Rationalisierung müssen die ganze Bande der Volksausbeuter und Volksbetrüger mitsamt ihrem Klassenparlament zum Teufel jagen!"

Der Verlauf der Sitzung

Präsident Löbe eröffnet um 3 Uhr die Sitzung und gibt dem Reichstag bekannt, daß die Staatsanwaltschaft Aufhebung der Immunität einer Anzahl kommunistischer Abgeordneter fordert. Ohne Debatte wurde zunächst der deutsch-persische Handelsvertrag und der Freundschaftsvertrag mit dem Königreich Hedjas dem Auswärtigen und Handelspolitischen Ausschuß überwiesen. Hierauf kam das Gesetz über Reichsbeihilfe für die Ansiedlung von Landarbeitern zur ersten Beratung. Für die kommunistische Fraktion sprach sich

Genosse Hoernle

gegen die Bestimmungen des Entwurfes, wonach die anzusiedelnden Landarbeiter zur Fronarbeit für die Großgrundbesitzer herangezogen werden können.

Der Gesetzentwurf über Bergmannssiedlungen wurde vom Genossen Jadasch angesprochen. Es handelt sich bei diesem Gesetzentwurf um einen Vorschlag Wissells auf Prüfung der Besitzverhältnisse bei den Bergarbeiterwohnungen, obgleich es keiner Prüfung mehr bedarf, um einwandfrei festzustellen, daß diese Wohnungen nicht den Grubenherren, sondern den Arbeitern, aus deren Groschen dieselben erbaut wurden, gehören.

Den kommunistischen Antrag auf Winterbeihilfe für Bedürftige begründete in wirkungsvoller Rede

Genosse Gräf, Dresden.

Wir fordern, daß allen Erwerbslosen, Sozial- und Kleinrentnern, sowie allen Rentenberechtigten eine Winterbeihilfe in Höhe von 30 RM für den Hauptunterstützungsempfänger und 10 RM für jeden Unterhaltsberechtigten aus Mitteln des Reiches ausgezahlt werden. Empfänger von Waisenrente sollen 10 RM erhalten. In den nächsten Wochen feiert die gesamte bürgerliche Welt wieder einmal das Weihnachtsfest. Die Glocken werden wieder klingen: „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen!" (Zurufe: Welcher Hohn!), aber es gibt in Deutschland Millionen Menschen, die an diesem Tage nichts weiter als einen Fluch übrig haben. (Sehr wahr! bei den Komm.) Wohl in keinem Jahre ist man auffälliger den Gegensatz zwischen vollgefüllten Schaufenstern, zwischen dem Wohlergehen der Bourgeoisie und der Not der Werktätigen. Diese wachsende Not ist die Folge der Hungerpolitik der sozialdemokratischen Koalitionsregierung durch ständige Zollerhöhungen und steuerliche Neubelastungen der werktätigen Massen. Selbst die Bürgerblock-Regierung mußte im Jahre 1927 unter dem Druck der Arbeiterschaft und der Kommunistischen Partei noch eine Winterbeihilfe in Höhe von 27 Millionen Mark bewilligen. Damals erklärte der Sozialdemokrat Karsten: „Dieser Betrag ist noch viel zu niedrig!" Aber ein Jahr später, nachdem der Sozialdemokrat Wissell das Arbeitsministerium übernommen hatte, sagte der Sozialdemokrat Karsten bereits, man dürfe keine Winterbeihilfe mehr bewilligen, sondern müsse die Renten erhöhen. Aber was ist gekommen? Die angebliche Rentenerhöhung in der Invalidenversicherung brachte in der Praxis keine Erhöhung, aber demgegenüber erfolgte ein direkter Abbau der Ausgaben für die Kriegsbeschädigten, für die Kleinrentner und insbesondere der unverschämte Unterstützungsraub bei den Erwerbslosen. (Sehr wahr! bei den Komm.)

Die Erwerbslosigkeit ist in diesem Jahre weit größer als im vergangenen. Als Folge der Verschlechterung des Erwerbslosenversicherungsgesetzes ist die Zahl der ausgesteuerten Erwerbslosen unheimlich gestiegen. Hunderttausende sind auf die Bettelpfennige des Wohlfahrtsamtes angewiesen und bekommen auch diese Pfennige nur nach einer schamlosen Bedürftigkeitsprüfung. So ist mir bekannt geworden, daß man bei den Erwerbslosen, um die Bedürftigkeit festzustellen, die Keller nach Kartoffeln und Äpfeln untersucht hat. (Hört! Hört! bei den Komm.) In Berlin verweigerte man einer Witwe die Unterstützung mit der Begründung, daß in ihrer Wohnung mehr Betten stehen als Bewohner vorhanden sind. (Stürmisches Hört! Hört! bei den Komm.) Das sind keine Einzelfälle, sondern das ist der Erfolg, den der Sozialdemokrat Wissell mit der Verschlechterung der Erwerbslosenversicherung erreichen wollte. (Sehr wahr! bei den Komm.) 96 Millionen hat diese Regierung am Sozialetat abgestrichen und die Versorgung der Kriegsopfer um 130 Millionen gekürzt. (Sehr wahr! bei den Komm.) Durch die Verschlechterung der Erwerbslosenversicherung ist das Arbeitslosenelend um ein gewaltiges gestiegen.

Die von der kommunistischen Fraktion beantragten Winterhilfsmaßnahmen bedeuten allerdings nur einen Tropfen auf den heißen Stein. Wenn Sie selbst diesen Antrag ablehnen, beweisen Sie, daß Sie den Bedürftigen nicht einmal an einem einzigen Tage im Jahr einen vollen Magen gönnen. (Sehr wahr! bei den Komm.) Aber die Millionen Armen und Hungernden werden eines Tages beweisen, daß sie mit in der Armee stehen, die die verfaulte bürgerliche Gesellschaft stürzt und die Diktatur des Proletariats proklamiert. (Starker Beifall bei den Komm.)

Reichsarbeitsminister Wissell: (Kommunistischer Zuruf: Der Weihnachtsengel der Bourgeoisie!)

Die Reichsregierung hat für das Elend volles Verständnis. (Andauernde Unterbrechungen und Zurufe: so lügt der Kerl immer zu! Elender Heuchler! Präsident Loebe erteilt Ordnungsrufe für die Genossen Rädel, Miller, Berg und Jadasch.) Zwar hat die Regierung im Jahre 1927 Winterbeihilfen beschlossen, aber die jetzige Regierung ist der Auffassung, daß Beihilfen nicht geeignet sind, um die Not zu lindern. (Unterbrechungen!) Die Regierung tut alles (kommunistischer Zuruf: Um das Elend zu vergrößern!) Nein, um die Renten zu erhöhen. (Gen. Rädel ruft: Solch ein Heuchler! und erhält einen zweiten Ordnungsruf.) Die Ausführungen des kommunistischen Antrages würden 170 Millionen erfordern. Dieses Geld ist nicht vorhanden. Der Antrag kann deshalb nicht durchgeführt werden. (Zuruf: Auf Befehl von Hugenberg!)

Genosse Rädel

antwortet dem Reichsarbeitsminister und kennzeichnet in scharfen Worten seine Aushungerungspolitik.

In der darauf folgenden Abstimmung wurde der kommunistische Antrag unter stürmischen Pfuirufen der Kommunisten von den Sozialdemokraten, den Deutschnationalen und den sich im Bunde so wild gebärdenden Nationalsozialisten abgelehnt.

Damit endete der erste Tag der Wintertagung des Reichstages.

126 000 Erwerbslose mehr in 2 Wochen!

Berlin, 28. November. (Eig. Drahtmeldung.)

Nach den amtlichen Berichten ist in der ersten Hälfte des November die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung wieder um 126 000 = 14,2 % gestiegen. Die Gesamtzahl betrug am 15. November rund 1 016 000, davon 808 000 Männer und 208 000 Frauen. Die Zunahme beläuft sich bei den Männern auf 16,2 %, bei den Frauen auf 7 %. Auch die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenfürsorge ist in der gleichen Zeit weiter gestiegen, und zwar um 6900 Personen = 4 %. Die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenfürsorge betrug am 15. November rund 178 000, die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und in der Krisenfürsorge betrug am 15. November 1 194 000, wozu in der dritten Novemberwoche noch 70 000 in der Versicherung kommen.

Und angesichts dieser erschreckenden Zahlen wagen es Sozialdemokraten und Nationalsozialisten, ebenso wie Zentrum und die übrigen kapitalistischen Parteien, einen Winterhilfsantrag der Kommunisten niederzustimmen. Wir stellen hierzu noch besonders fest, daß die „radikalen" Nationalsozialisten es nicht einmal für nötig hielten, auch nur ein Wort zu diesem Winterhilfsantrag zu sagen! Das ist die national„sozialistische" Praxis!

Weckel als Polizeibüttel

„Klein und blaß . . ." / Die „feigen" Kommunisten und die „tapferen" Sozialdemokraten

Dresden, 28. November.

Mit charakteristischer Verlogenheit behandelt gestern die „Dresdner Volkszeitung" die Vorgänge in der Landtagssitzung, um die neue Schandtat ihres Landtagspräsidenten Weckel zu verhüllen. Sie glaubt das am besten dadurch tun zu können, daß sie die Genossen Opitz und Sindermann der persönlichen Feigheit bezichtigt. Dabei zeigt sie jedoch ihre ganze politische Charakterlosigkeit, denn sie wirft den kommunistischen Abgeordneten etwas vor, was sie bestimmt in anderen Fällen gutheißen würde. Mit welch lächerlichen Argumenten sie dies tut, werden einige Zitate aus diesem famosen Artikelchen zeigen. Um die erbärmliche Haltung ihres Präsidenten, der sein Bürgerparlament durch Polizei retten läßt, zu decken, schreibt sie vom Genossen Opitz, daß

> **„als er gestern versuchte, das Landtagsgebäude zu betreten, ihm ein Brief des Landtagspräsidenten übergeben wurde, der ihm das Betreten des Gebäudes verbot. Daraufhin wurde Opitz klein und blaß und verblühte."**

Wir stellen hierzu fest, daß der Genosse Opitz, der in der letzten Sitzung wegen seiner scharfen Angriffe gegen die sächsischen Reaktionäre von dem Sozialdemokraten Weckel für 60 Tage von den Sitzungen ausgeschlossen wurde, vor wenigen Tagen vom selben Präsidenten eine Einladung zur Teilnahme an der Dienstagsitzung erhielt. Als Genosse Opitz den Landtag betreten wollte, wurde ihm tatsächlich ein Schreiben des Landtagspräsidenten vorgehalten, wonach ihm der Zutritt für das Gebäude verboten sei. Und, das ist das Schmähliche an der Art der „Volkszeitung", wie sie zu dieser Frage Stellung nimmt.

> **Dieses Schreiben wurde dem Genossen Opitz von zwei Polizeibeamten vorgehalten, wobei darauf hingewiesen wurde, daß alle Eingänge außer dem Haupteingang gesperrt seien.**

Der Sozialdemokrat Weckel hat also ein Polizeiaufgebot gegen einen einzelnen kommunistischen Abgeordneten mobilisiert, nachdem er ihm die Möglichkeit einer politischen Auseinandersetzung genommen hatte. Genosse Opitz wurde weder „blaß noch klein", sondern entfernte sich mit der treffenden Erklärung, daß damit die bürgerliche Demokratie ja ihre Betätigung erhalten habe und daß die Feigheit des Landtagspräsi-

Groß-Dresdner Parteiarbeiter-Konferenz

**am 28. November, im Saale des Bellevue, Waltherstraße
Alle Zellen-, Fraktions- und Stadtteil-Funktionäre müssen an der Konferenz teilnehmen**

Tagesordnung:

1. Die Lehren der Gemeindewahlen. Ref.: Gen. Sindermann.
2. Die Reichskontrolle 1929. Referent vom ZK.